

gemäß Verteiler

**vorab per Email**

19. Februar 2009

Mein Aktenzeichen	Ihr Schreiben vom	Ansprechpartner/-in / E-Mail	Telefon / Fax
621-1 71		Yanna Brand <a href="mailto:Yanna.Brand@masgff.rlp.de">Yanna.Brand@masgff.rlp.de</a>	06131 16-2040 06131 16-172040

**Einigung über die Neuregelung zur Neuorganisation des SGB II  
Versuch des geschäftsführenden Vorstandes der CDU/CSU-Bundestagsfraktion  
diese zunichte zu machen ist unverantwortlich**

Sehr geehrte Damen und Herren,

nach langen und teilweise schwierigen Verhandlungen ist es in der vergangenen Woche gelungen, eine Einigung über die Neuorganisation der Aufgabenwahrnehmung nach dem SGB II zu erreichen. Bundesarbeitsminister Olaf Scholz und die Ministerpräsidenten Kurt Beck und Jürgen Rüttgers haben vereinbart, dass Arbeitsuchende auch in Zukunft ihre zentrale Anlaufstelle behalten und die Betreuung und Gewährung der Hilfen und Leistungen aus einer Hand bestehen bleibt. Nach einem Gespräch aller Ministerpräsidenten mit der Bundeskanzlerin waren Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen im Dezember 2008 beauftragt worden, die Verhandlungen mit der Bundesregierung zu einem Abschluss zu bringen. Das Ergebnis baut auf den einstimmigen Beschlüssen der Arbeits- und Sozialministerkonferenz des letzten Jahres auf.

Die Einigung sieht vor, dass die bisherigen Jobcenter, künftig bundesweit unter dem Namen „Zentrum für Arbeit und Grundsicherung“ (ZAG), als eigenständige Anstalten des öffentlichen Rechts arbeiten: Mit eigenem Personal, eigenem Haushalt und einem eigenen Personalrat; gesteuert durch einen Geschäftsführer und die Trägerversammlung.

- 1 -

Nach meinem Dafürhalten haben wir damit einen guten Kompromiss zwischen Bundes- und Landes- und kommunalen Anliegen gefunden.

Der Versuch des geschäftsführenden Vorstands der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, diese Einigung zunichte zu machen, ist meines Erachtens unverantwortlich. Dadurch würde die erfolgreiche Arbeit der bundesweit rund 370 Jobcenter zur Betreuung von Langzeitarbeitslosen missachtet und deren Weiterentwicklung ausgeschlossen. Das Bundesverfassungsgericht hatte mit seiner Entscheidung vom 20. Dezember 2007 eine Neuordnung bis Ende 2010 nötig gemacht. Gelingt das nicht, kommt es ab dem 1. Januar 2011 bundesweit zur getrennten Aufgabenwahrnehmung. Das wäre ein Rückschritt hinter die Arbeitsmarktreform von 2005, die eine Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe zur besseren Betreuung von Langzeitarbeitslosen ermöglichte. Für die arbeitssuchenden Bürgerinnen und Bürger und ihrer Familien hätte das zur Folge, dass sie nicht mehr von einer zentralen Anlaufstelle und einem festen Ansprechpartner profitieren könnten. Ein solcher Rückfall in doppelte Antragstellung und -bearbeitung oder eine Übergangszeit mit unklaren und wechselnden Verantwortlichkeiten und institutioneller Selbstfindung muss verhindert werden.

Deutliche Nachteile kämen aber auch auf die Beschäftigten der heutigen ARGEn zu. Die Rechtssicherheit und die stabilen Rahmenbedingungen die durch die ZAG eingeführt werden sollen, würden ihnen vorenthalten. Das ZAG als rechtsfähige Anstalt öffentlichen Rechts mit eigenem Personal kann eigene Angestellte einstellen und einen eigenen Personalrat wählen. Viele Beschäftigte erhalten damit endlich eine klare Berufsperspektive und bekommen bei der Betreuung und Vermittlung von Arbeitssuchenden ein eigenes Berufsbild mit fester Zukunft. Gerade für Arbeitsvermittler wird jetzt durch die Möglichkeit zum Wechsel zwischen den Zentren für Arbeit und Grundsicherung eine berufliche Perspektive geschaffen. Die Bundesagentur für Arbeit und die Kommunen können Beschäftigte – Angestellte wie Beamte – in das ZAG abordnen. Dadurch können auch das Wissen und die Fachkenntnisse beider Träger im Interesse der Arbeitssuchenden genutzt werden.

Die Einigung sieht zudem vor, dass der Fortbestand der als Experimentiermodell gestarteten zugelassenen kommunalen Träger auch über 2010 hinaus gesetzlich gesichert wird.

Daher möchte ich deutlich betonen, dass die Landesregierung Rheinland-Pfalz zu der getroffenen Einigung steht und so schnell wie möglich in das Gesetzgebungsverfahren einsteigen will.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'M. Dreyer'.

Malu Dreyer